



## Niederschrift

42. Sitzung Hauptausschuss  
11. Juli 2023, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

5.

**Punkt 5 der Tagesordnung: Entlastung des pädagogischen Personals in Kitas**

**Antrag: Die LINKE.**

**Vorlage: 2023/0454**

### **Beschluss:**

Weitere Behandlung im Jugendhilfeausschuss

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Binder (DIE LINKE.)** teilt mit, dass sie mit der Antwort der Verwaltung nicht einverstanden sei, da klar sei, dass Personalnot bestehe und auch immer mehr Frauen überlegen aus dem Beruf auszusteigen, da sie die Belastung nicht mehr aushalten. Dieser Prozess sei vergleichbar mit dem, der aus der Pflege gekannt werde. Es solle daher rasch ein Prozess in Gang gesetzt werden, bei dem die Attraktivität wieder erkennbar werde, da ihr bekannt sei, dass das Land infolge der Bundesgesetzgebung annähernd 500 Mio. Euro erhalten habe. Daher sei ihr wichtig mit den Trägern zu klären, von welchen Aufgaben das pädagogische Personal entlastet werden könne. Sie möchte, dass das Thema weiter im Jugendhilfeausschuss behandelt werde.

**Stadträtin Wolf (GRÜNE)** erläutert, dass gute Arbeitsbedingungen wichtig für die Entlastung des Personals seien, um einerseits neues Personal zu bekommen aber auch das bestehende Personal zu halten. Durch die große Trägervielfalt in Karlsruhe sei es leider kaum möglich, einheitliche Aufgaben zur Entlastung trägerübergreifend zu definieren.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** berichtet, dass die Stadt am Beginn eines trägerübergreifenden Prozesses stehe und dass man sich auch weiter mit dem Thema beschäftigen werde. Es müsse nun geschaut werden, was rechtlich machbar sei und wo Personal gewonnen werden könne.

**Stadträtin Melchien (SPD)** teilt mit, dass wohl Einigkeit darüber bestehe, dass das pädagogische Personal entlastet werden müsse. Sie bittet darum, der Verwaltung nicht noch mehr Arbeit zu machen. Es werde bereits diskutiert wie entsprechende Anpassungen vorgenommen werden könnten.

**Bürgermeister Lenz** berichtet, dass die Verwaltung in permanentem Austausch mit den Trägern seien. Ideen und Lösungsansätze werden in den entsprechenden Gremien derzeit beraten. Insgesamt müsse auf die vorhandenen Potentiale geschaut und von Eltern, Wirtschaft und öffentlicher Hand gemeinsam an einem Strang gezogen werden. Die Stadt alleine könne diese Problematik nicht lösen.

**Der Vorsitzende** bestätigt, dass die einzelnen Trägerstrukturen völlig unterschiedlich seien. Die Aufgabe der Stadt sei es deshalb zu klären, wie die einzelnen Konzepte bezuschusst werden können und ggf. Fachberatung anzubieten. Er sagt zu, die Information über das angesprochene 500-Mio-Euro-Programm nachzuliefern. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die weitere Behandlung im Jugendhilfeausschuss fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
24. Juli 2023